

**Titel** Alle zusammen gegen den Faschismus! Grenzen auf – Leben retten!

**AntragstellerInnen** Berlin

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

## Alle zusammen gegen den Faschismus! Grenzen auf – Leben retten!

1 In Griechenland auf der Insel Lesbos und dem dortigen Geflüchtetenlager Moria ist am Sonntagabend, 01. März 2020  
2 die Situation eskaliert. Schutzsuchende Menschen, Journalist\*innen sowie NGO- Mitarbeiter\*innen wurden überall  
3 auf der Insel von Faschist\*innen und Inselbewohner\*innen angegriffen. Menschen wurden verprügelt, Verfolgungs-  
4 jagden auf den Straßen fanden statt, der Lieferwagen einer Hilfsorganisation wurde angezündet. Das Zwischencamp  
5 des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen, der UNCHR, wurde ebenfalls von Faschist\*innen angezündet und voll-  
6 ständig verwüstet. Es gab und gibt keinen sicheren Ort. Die Sicherung der Grenzen unter Einsatz von Gewalt, wie es die  
7 AfD 2015 forderte und damals noch von allen Seiten aufs Schärfste kritisiert wurde, ist mittlerweile Realität geworden  
8 und die EU schaut weg. Zunächst hat die griechische Regierung ein neues, strengeres und noch unmenschlicheres  
9 Asylgesetz verabschiedet, welches die Inhaftierung aller neuen Asylsuchenden bei ihrer Ankunft auf griechischen Ge-  
10 biet vorsieht. Diese Gesetzesänderung verstößt gegen Art. 26 der europäischen Asylverfahrensrichtlinie und gegen  
11 Art. 31 der Genfer Flüchtlingskonvention, die eine Inhaftierung von Schutzsuchenden infolge der Antragstellung und  
12 eine Bestrafung von Flüchtlingen wegen einer unrechtmäßigen Einreise verbieten. Wir verurteilen diesen Rechts-  
13bruch! Griechenland hat sein Asylrecht „ausgesetzt“. In dem Gesetzblatt wird diese Maßnahme mit „besonderen und  
14 unvorhergesehen Ereignissen“ gerechtfertigt, die die Sicherheit des Landes gefährden. Bereits rein zahlenmäßig ist  
15 dies eine Übertreibung, denn Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks zufolge befanden sich gerade einmal 13.000  
16 Menschen im Grenzgebiet. Abgesehen davon ist eine „Aussetzung“ des Asylrechts rechtlich nicht zulässig. Sowohl Art.  
17 33 der Genfer Flüchtlingskonvention als auch Art. 3 der Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) formulieren  
18 nach unumstrittener Lesart ein Zurückweisungsverbot, soweit eine politische Verfolgung oder eine unmenschliche  
19 oder erniedrigende Behandlung drohen. Dieses Verbot beinhalten ein Verfahrensrecht, um den Schutzbedarf prüfen  
20 zu können, verbunden mit dem Recht, bis zu einer Entscheidung im Land verbleiben zu können. Entsprechendes gilt  
21 nach Art. 4 und Art. 18 der EU- Grundrechtecharta. Es gibt keine rechtlichen Ausnahmen, die eine Aussetzung dieser  
22 Rechte auf Asyl rechtfertigen. Diesen Rechtsbruch verurteilen wir!

23 • Wir fordern die Einhaltung des Asylrechts in Griechenland und der EU! Das Recht auf Asyl kann nicht „ausge-  
24 setzt“ werden.

25 Seit der einseitigen Grenzöffnung durch die Türkei sitzen tausende Menschen in einem Niemandsland zwischen der  
26 griechischen und türkischen Grenze fest. Boote mit Geflüchteten Menschen werden in Griechenland von Faschist\*in-  
27 nen am Anlegen gehindert. Zudem werden Geflüchtete, Helfer\*innen, Politiker\*innen und Journalist\*innen auf den  
28 griechischen Inseln von Faschist\*innen attackiert. Dies hängt unmittelbar mit der Kriminalisierung ziviler Seenotret-  
29 tung zusammen, sowie mit der Verbreitung von Verschwörungsideologien von z.B. einer „Islamisierung des Abend-  
30 landes“ und „Umvolkung“. Sie bereiten den geistigen Nährboden für derartige Angriffe!

31 • Wir fordern, dass zivile Seenotretter\*innen und NGOs ihrer Arbeit ungehindert nachkommen können und  
32 ihnen Schutz, statt Repressionen garantiert wird.

- 33 • Zivile Seenotretter\*innen müssen in Gänze entkriminalisiert werden und der so genannte „Grenzschutz“ an  
34 den europäischen Außengrenzen zu einem Schutz für Menschen umgebaut werden.
- 35 Fünf Jahre nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und beinahe fünf Jahre nach dem Türkei Deal erleben vertriebene  
36 und verfolgte Menschen massivste Gewalt an den EU- Außengrenzen und in Griechenland. Dies ist der „sicherheits-  
37 orientierten“ Migrationspolitik Europas anzulasten. Die türkische Regierung hält ihre Grenzen zu Syrien geschlossen,  
38 sah jedoch keinen Schaden darin, Tausende von Geflüchteten zu den Toren Europas zu drängen. Asylsuchende aus  
39 Syrien, Afghanistan, Pakistan und mehreren afrikanischen Ländern haben im März die Grenzgebiete Edirne, Canak-  
40 kale und Izmir erreicht. Einige wurden mit Bussen von Gemeinden dorthin gebracht, andere mit privaten Taxis oder  
41 zu Fuß. In der Region Edirne wurden ihnen von türkischen Behörden gestattet, in die Grenzzone zu gelangen. Gleich-  
42 zeitig beschränkten türkische Behörden den Zugang für Journalist\*innen und Reporter\*innen.
- 43 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und des europäischen Parlamentes, die Bundes-  
44 regierung sowie Außenminister Heiko Maas auf:
- 45 • Ein Ende des EU- Türkei Deals, welche v.a. die Bundesrepublik erpressbar gemacht hat, einen humanen Um-  
46 gang mit Flüchtenden verhindert und Erdogan – auch in der Verfolgung eigener Kritiker\*innen in der Türkei  
47 – bislang nur gestärkt hat. Dass Menschen als Druckmittel verwendet werden, lehnen wir entschieden ab.  
48 Stattdessen müssen die Verteilung und Neuansiedlung internationaler Schutzsuchender in die EU schnellst-  
49 möglich umgesetzt werden. Die Europäische Union ist dafür selbst verantwortlich. Eine Abwälzung eigener  
50 Verantwortung an Drittstaaten lehnen wir ab.
  - 51 • Beendigung bzw. Aussetzung aller Rüstungsexporte an die Türkei, einschließlich der bereits genehmigten  
52 Transaktionen.
  - 53 • Einschränkungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Türkei, ggf. auch im Zusammenwirken mit pri-  
54 vatwirtschaftlichen Unternehmen sowie ein Stopp bzw. Einschränkung von Kredithilfen und anderen Formen  
55 wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung.
  - 56 • Einwirken auf die EU-Staaten, die eine Aufnahme von Geflüchteten ablehnen im Sinne einer Kürzung oder Aus-  
57 setzung von Mitteln aus dem EU-Heranhilfen (IPA) unter Berücksichtigung des letzten Sonderberichts  
58 des Europäischen Rechnungshofs zu Defiziten in der Wirkung dieser Programme.
  - 59 • Eine unabhängige Überprüfung durch den UNHCR, dass diese Mittel tatsächlich den Geflüchteten zugutekom-  
60 men und diese menschenwürdig und gemäß den Mindeststandards des Asylsystems in der EU behandelt und  
61 in ihren Rechten respektiert werden.
- 62 In Griechenland verschlechterte sich die Situation außerdem immer weiter. Die Regierung hat kürzlich ein neues,  
63 strengeres und noch unmenschlicheres Asylgesetz verabschiedet, welches die Inhaftierung aller neuen Asylsuchenden  
64 bei ihrer Ankunft auf griechischen Gebiet vorsieht. **Wir verurteilen diese Gesetzesverschärfung!**
- 65 Weiterhin darf europäischen Regionen an den EU- Außengrenzen nicht die Alleinige Verantwortung für die Aufnahme  
66 und Versorgung Flüchtender Menschen überlassen werden. ALLE europäischen Staaten sind hier in der Pflicht.
- 67 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und des europäischen Parlamentes, die Bundes-  
68 regierung sowie Außenminister Heiko Maas auf:
- 69 • sich für eine europäische und humane Asylgesetzgebung einzusetzen.
  - 70 • Griechische Behörden humanitär und finanziell, in der Aufnahme und Versorgung Flüchtender Menschen zu  
71 unterstützen
  - 72 • Sich für eine faire Verteilung von Geflüchteten in allen europäischen Regionen einzusetzen und diese, wenn  
73 nötig, auch nur mit einer „Koalition der Willigen“ zu verwirklichen. Dabei dürfen Familien nicht voneinander  
74 getrennt werden!
  - 75 • Eine schnellstmögliche und dringend notwendige Änderung der Dublin-III-VO, die einen Verteilungsschlüssel  
76 vorsieht, welcher mit effektiven Mitteln durchgesetzt werden kann. Nur durch die sinnvolle Neuregelung und  
77 Koordinierung der Aufnahme von Asylsuchenden in die EU können humanitäre Katastrophen, wie wir sie mo-  
78 mentan an der griechischen Grenze sehen, und die Erpressbarkeit der EU von der Türkei verhindert werden.

79 Seit Beginn der Ausschreitungen haben lokale Gemeinden auf den griechischen Inseln Chios und Lesbos mit der  
80 Bereitschaftspolizei neue Haftanstalten eingerichtet. Der durch Rassismus, Hass und Hetze vergiftete öffentliche Dis-  
81 kurs wurde seither von griechischen Regierungsbeamt\*innen gezielt genutzt, um weiteren Hass zu schüren. Dabei  
82 werden Mythen einer „Invasion“ von „Illegalen“ verbreitet. Rassismus und Faschismus, sowie ihre Normalisierung  
83 müssen auf allen Ebenen bekämpft werden. Sei es in der Türkei, in Griechenland oder sonst wo! Schutzsuchende  
84 Menschen werden als „Bedrohung“ zu Verhandlungsmasse abgewertet und entmenschlicht. Diese Sicherheitspoli-  
85 tik, die Tausende Menschen in den Tod treibt, muss ein Ende haben. Das europäische Grenzregime hat unsägliches  
86 Leid verursacht! Die staatliche Gewalt gegenüber Flüchtenden Menschen an der Grenze zur EU muss sofort gestoppt  
87 werden.

88 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und des europäischen Parlamentes, die Bundes-  
89 regierung sowie Außenminister Heiko Maas auf:

- 90 • eine angemessene Ausstattung und Unterstützung des vor Ort tätigen UNHCR- Flüchtlingshilfswerk der Ver-  
91 einten Nationen sowie des internationalen Roten Kreuzes sicherzustellen.
- 92 • sich für die Aufnahme von Ermittlungen gegen diejenigen Menschen, welche Flüchtende, Journalist\*innen  
93 und NGOs angegriffen haben und weiterhin angreifen, einzusetzen.
- 94 • Wir fordern ebenso die Aufarbeitung bisheriger staatlicher Repressionen gegen Flüchtende Menschen.
- 95 • sich für eine lückenlose Aufklärung jedweder Anwendung von Gewalt, insbesondere der tödlichen, durch  
96 Grenzschutz-Beamt\*innen einzusetzen. Es darf keinen Schießbefehl an Europas Grenzen geben!

97 Die Innenminister\*innen Europas – darunter auch Horst Seehofer (CSU) – kündigten bereits eine hohe finanzielle  
98 Summe an, um die Griechischen Grenzschutzbehörden sowie Frontex bei der Abschottung Europas zu unterstützen.  
99 Es wurden bereits Gespräche in mehreren europäischen Staaten über eine mögliche Entsendung von Polizist\*innen  
100 und sogar Soldat\*innen nach Griechenland geführt. **Wir lehnen jegliche Militarisierung des sogenannten „Grenz-  
101 schutzes“ ab!**

102 Wir fordern Horst Seehofer, das Innenministerium, sowie die Bundesregierung auf:

- 103 • Die Kommunen und Länder, die sich bereits für eine Aufnahme von Geflüchteten bereiterklärt haben, sollen  
104 dies auch umgehend umsetzen dürfen! Die bislang 138 sicheren Häfen in Deutschland müssen gehört werden  
105 und Menschen aufnehmen dürfen. Insbesondere Kinder müssen – gemeinsam mit ihren Familien- umgehend aus  
106 den menschenunwürdigen Lagern auf den Ägäischen Inseln in Sicherheit und Würde untergebracht werden.  
107 Dies gilt ebenso für Schwangere, allein flüchtende Frauen\* oder schwer Traumatisierte.
- 108 • Die Lebensbedingungen in dem griechischen Geflüchtetenlager sind desaströs. Auch schon vor der Covid19-  
109 Pandemie war dies der Fall, die Lage hat sich durch die Pandemie allerdings noch weiter zugespitzt. Abstand  
110 zu anderen Menschen einzuhalten, wie es notwendig ist, um sich und andere vor dem Virus zu schützen, ist  
111 in dem Lager nicht möglich. Gesundheitsschutz und – versorgung ist Menschenrecht – das gilt ohne Kompro-  
112 misse auch für geflüchtete Menschen. Wir fordern daher eine dringende Evakuierung der dort ausharrenden  
113 Menschen.
- 114 • Weiterhin fordern wir eine angemessene finanzielle und personelle Unterstützung, sowie eine angemessene  
115 materielle Ausstattung der Camps vor Ort, um mit der Corona- Pandemie umzugehen. Der Schutz von Leben  
116 steht an erster Stelle!
- 117 • Anstatt einer Aufrüstung der Grenzschutzbehörden durch Polizei und Militär, fordern wir humanitäre Unter-  
118 stützung für flüchtende Menschen. Wir wollen die grundsätzlichen Probleme europäischer Migrationspolitik  
119 nicht aus den Augen verlieren und bekräftigen die bereits bestehenden Beschlüsse. Wir fordern ein Recht auf  
120 globale Migration sowie die Einführung humanitärer Visa für flüchtende Menschen!

121 Was wir fordern sind: Frieden und Grundrechte für ALLE Menschen, sowie das Recht auf Migration! Für eine Welt  
122 ohne Grenzen, Ausbeutung und Exil!

123